

ministerium hat sich die Bruderschaft der Zentralgenossenschaft in Dresden beauftragt, die Verfertigung der Kartoffeln zu vermitteln. Den sachlichen Erzeugern ist damit der Weg geebnet, den Weg bei den örtlichen Genossenschaften, wie der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft in Dresden, ihre Kartoffeln unter Umgehung einer Verwertung ihrer Erzeugnisse durch Händler der sachlichen Verbraucher direkt auszuführen.

Städtische Preisnotierung der Sächsischen Kartoffelnotierungskommission am 5. Oktober 1921.

Erzeugerpreise ab Verladeaktion je Zentner:

| | | | |
|----------|---|-------|-------|
| Bayern | weiße 45-49, rote 45-47, gelbfleisch. 45-49 | A | |
| Dresden | 44-51 | 44-48 | 47-52 |
| Leipzig | 46-49 | 45-48 | 47-50 |
| Chemnitz | 47-53 | 45-50 | 48-53 |

Städte in der sächsischen Kohlenabfuhr. In den sächsischen Kohlenrevieren ist, wie von unzähliger Stelle mitgeteilt wird, die Wagnisse durch die außerordentlich schlechte Infolge haben sich die Kohlenpreise bedeutend vermehrt, was auch zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß die Arbeiter der sächsischen Papierfabriken längere Zeit streikten. Es haben gegenwärtig etwa 1000 beladene Eisenbahnwagen auf dem sächsischen Schienenweg, wodurch nicht nur der Verkehr, sondern auch der Wagenumlauf stark beeinträchtigt wurde.

Die Kinderpest in Polen. Bereits vor längerer Zeit wurde auf das Auftreten der Kinderpest in Polen aufmerksam gemacht und die Bevölkerung zu größter Vorsicht aufgefordert. Auch haben die Behörden weitgehende Vorkehrungsmaßnahmen getroffen. Ueber den Umfang der Ausbreitung der Seuche in Polen konnten bisher keine genauen Angaben gemacht werden. Aus einem Bericht des polnischen Oberkommandos für den Kampf mit der Kinderpest ergibt sich, daß die Pest bis zum Juni dieses Jahres auf Umfang von 1. Juni 1921 sind 8501 Kinder erkrankt, 4076 gestorben, 3649 gelassen und 12797 genesen worden. In verschiedenen Gebieten kommen die Waisenanstalten des ehemaligen Kongreßpolens in Betracht, aber auch die Grenzwohnschaften Rumosod und Waleka. Es muß immer wieder von neuem auf die drohende Gefahr der Kinderpest hingewiesen und auf besondere Wachsamkeit aufmerksam gemacht werden.

Die Bautätigkeit im August 1921. Im August wurden in Sachsen für Neubauten mit Wohnungen 289 Baugenehmigungen (gegen 265 im Juli) erteilt und zwar in den Kreisbauamtbezirken Bautzen 10, Chemnitz 165, Dresden 43, Leipzig 28 und Jura 43. Diese 289 Neubauten, von denen 284 auf neuer Baustelle errichtet werden, sollen insgesamt 658 Wohnungen enthalten. Außerdem waren 91 Baugenehmigungen für Um-, An- oder Aufbauten mit insgesamt 140 Wohnungen erteilt, von denen dreizehn Not- und Behelfsbauten mit 14 Wohnungen sein werden. — Ausgeführt wurden 42 Neubauten mit 128 Wohnungen (gegen 91 Neubauten mit 233 Wohnungen im Juli). Durch ausgeführte Um-, An- oder Aufbauten wurden 67 Wohnungen gewonnen, darunter acht im Not- oder Behelfsbau. An Gebäudewandlungen waren im August sechs Wohnbauten mit insgesamt neun Wohnungen zu verzeichnen.

Rundricht. Bericht über die Gemeindevorstände am 5. Oktober. Nach Kenntnisnahme davon, daß Minderheiten der Vermittlungskomitee zugeordnet worden ist, daß eine Beratung wegen der Errichtung des Kaufmanns- und Gewerbegerichts in Meisa stattgefunden hat und von den Behörden in Meisa stattgefunden hat und von den Behörden in Meisa stattgefunden hat, beschließt man zu Punkt 2 dem Antrag der Minderheiten Erben, der neuerlich geplanten Aufteilung des Grundstückes 848 zuzustimmen, wenn die Teilung des Grundstückes die Bewohnbarkeit nicht hindert. 3. Man nimmt Beratsung, und in diesem Jahre die Not der minderbemittelten Einwohner durch Bewilligung von Brennholz bis zum Betrag von zusammen ca. 3000 Mark zu bewilligen. Es wird einstimmig die Meinung vertreten, daß die Ausgabe schon jetzt erfolgen soll, um den Beteiligten trockenem Holz einbringen zu lassen. Dabei wird auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses beschlossen, das noch zur Verfügung stehende Holz an jedermann zum Preise von 90 Mark pro Meter abzugeben. Der Vorsitzende betont hierbei, daß das Holz längst reiflos aufgebraucht sein könnte, wenn etwas mehr Berücksichtigung für die feinerzeitige augenblickliche Lage beim Bezug von Holz bestanden hätte. Gemeindevorsteher Raumann vertritt den Standpunkt, daß sich der Verkauf auch auf Auswärtige erstrecken soll, wenn von Seiten der Einwohner nicht genügend Holz abgenommen werden sollte. Hinsichtlich der Verteilung von Holz regt Gemeindevorsteher Dietrich an, den Kreis der Minderbemittelten nicht zu eng zu ziehen. Einschließlich der Anregungen wird demgemäß beschlossen. 4. In der Angelegenheit des Spar-Kassenverbandes berichtet der Vorsitzende über die Vorschläge des Verwaltungsausschusses. Es wird in der Ausprache betont, daß die Modernisierung der Sparkasse außerordentlich notwendig ist und daß alles daran gesetzt werden müsse, die Sparkasse in aufstrebender Entwicklung zu unterstützen. Man beschließt, nachdem man sich noch über die Frage der Zukünftigkeit der einzelnen Gemeindevorstände geäußert hat, den Vorsitzenden zu beauftragen, daß die Geschäfte mit einer Stelle veräußert werden, die bereits zurzeitige Beamte zur Verfügung hat. Im Anschluß hieran betont der Gemeindevorsteher, Neuter, daß auch im Stimmverhältnis des Spar-Kassenverbandes ein anderer Modus getroffen werden soll. Nach den gegenwärtigen Bestimmungen ist es so, daß die Gemeindevorstände, Gläubiger und Beitritt mit bedeutend größeren Einwohnerzahlen ebenso nur eine Stimme haben, als die übrigen Gemeinden, die aber außerordentlich geringe Einwohnerzahlen verfügen. Es wird beschlossen, diese Anregung bei der nächsten Gelegenheit mit zu vertreten. 5. Kassenprüfungsbericht. Es wird vom Vorsitzenden in eingehender Weise Bericht gegeben und insbesondere die Ermittlung des Fehlbetrages, der aus den Jahren 1916/17 flammt, beleuchtet. Er nimmt dabei den früher lediglich nur als Ortsteuereinnahmer angestellten Kassierer in Schutz, insofern man hieraus etwa folgern könnte, daß Unrichtigkeiten vorliegen und betont, daß die unangemessene Kassenführung mit dem eingetretenen Verlust, infolge der Überlastung des Ortsteuereinnahmers mit anderen Geschäften in keinerlei Zusammenhang mit der Kassenführung stehen. Es zeige sich auch hier wieder, daß man am falschen Fleck sucht, wenn man glaube, es bei den Beamten herauszufinden zu müssen. Gemeindevorsteher Dr. Koblentz steht auf dem Standpunkt, daß ihn das Ergebnis nicht überrasche, weil man eben aus der bisherigen Kassenführung kaum zu einem anderen Ergebnis hätte gelangen können. Nur der Betrag erscheine ihm sehr hoch. Man beschließt, nachdem in eingehender Weise eine Rechtfertigung hinsichtlich der durch die Reformierung entstandenen Kosten für die Beamten durch den gegenwärtigen Gemeinderat erfolgt ist, die Kassenrechnung noch nicht richtig zu sprechen, sondern zur Klärung der Sache den Beteiligten eine Frist bis 1. Dezember 1921 zu geben. 6. Es wird in Vortrag gebracht, was an Kosten aufgewendet worden ist, die die Umbauarbeiten an einer früheren Wohnung verursacht haben, um die Wohnung zu einem Teile als Gemeindefürsorgeeinrichtung und zum anderen als Gemeindefürsorgeeinrichtung zu verwenden. Der Vorsitzende gibt hierzu bekannt, daß der im Orte tätige Arzt gebeten hat, ihm die zur Fertigstellung des Neubaus, die der Gemeindefürsorgeeinrichtung zur Verfügung stehen, zu überlassen. Es könne nur eine De-

bestimmung sein und würde im Monat März wieder für Gemeindefürsorgeeinrichtung frei. Gemeindevorsteher Dietrich betont ganz besonders, daß die Räume der Gemeindefürsorgeeinrichtung nicht zu dem Zweck hergerichtet werden, eine Wohnung einzubauen, sondern daß sie der Gemeinde zu einem Teile zum weiteren Nutzen der Verwaltung, insoweit weitere Maßnahmen von Geschäften (Bauwesen) zur Verfügung gestellt werden sind. Die Umgestaltung des Raumes wäre so nach nur um bewilligen zu lassen, weil man zu wissen hätte, ob man lieber einen Raum im Orte hätte, als auf das halbe Jahr die Räume für die Gemeindefürsorgeeinrichtung, die sich noch dahin behalten könne. Man beschließt hierauf der Vermietung zuzustimmen und die Kosten für den Umbau zu Kosten der Wohnung zu bewilligen. 7. Es wird einstimmig beschlossen, den Termin für die Gemeinderatswahl für den 30. November festzusetzen. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, das hierzu erforderliche Vorarbeiten. 8. Es liegt vor der Antrag des Bauunternehmensverbandes sächsischer Gemeinden um Vertretung. Man beschließt demgemäß, nachdem sich herausgestellt hat, daß der Beitrag zur Tiefbauunternehmensverband, bei gleichen Aufwendungen der Oberverwaltungsgesellschaft und davon, daß sein Amtsvorgänger nicht volle 12 Jahre im Amte tätig gewesen ist, da er erst am 20. Januar 1908 seine Tätigkeit aufgenommen hat. Das Oberverwaltungsgericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es richtiger sei, daß die Beteiligten sich auf die letzten 6 Jahre der Wahlzeit einlassen. Um die Sache zu fördern, sei der Vorsitzende an den Richter heranzutreten und habe ihn ersucht, seine Stellungnahme zu unterbreiten, damit nicht eine lange Verhandlung der ganzen Angelegenheit eintritt. Eine Antwort sei ihm nicht eingegangen und es wäre heute zu entscheiden, ob man auf einen Vergleich eingehen will, oder ob man nicht endgültig die Sache zur Entscheidung kommen lassen will. Herr Dr. Koblentz gibt seine Stellungnahme hierzu bekannt, insbesondere um bewilligen, weil er als Zeuge aufgerufen worden ist. Man beschließt auf einen Vergleich einzugehen. Für den Fall aber, daß Gemeindevorstand A. D. Schönitz ihn ablehnen sollte, die unangemessene Beihilfenahme mit nachfolgender Entscheidung herbeizuführen. 10. Stellungnahme zur Vergütung des Steuererhebungsbeamten. In 1. Stellungnahme beschließt man grundsätzliche Zustimmung mit der Maßgabe, daß der Steuererhebungsbeamte zur genaueren Durchberatung der Bestimmungen beauftragt werden soll und daß er seine Vorschläge, die auf eine Veränderung hinzielen, machen soll. Man nimmt dabei Kenntnis von einer Verfügung des Reichsfinanzministers über die Beurteilung des Begriffs städtische Leistungen und Jugendpflege, sowie Verbesserungen. 11. Es liegt ein Antrag von Zahlung von 100 Mark auf die Dauer der Krankheit des Gemeindevorstandes Jäger vor. Gemeindevorsteher Mendel beantragt grundsätzliche Regelung dieser Frage. Der Gemeindevorstand weist darauf hin, daß, wenn man diese Regelung vornehmen will, es in Einklang mit den Bestimmungen bringen muß, die für dauernd Angestellte und Beamtenanwärter gelten. Dr. Koblentz spricht dagegen und beleuchtet die Bedenken. Nachdem Gemeindevorsteher Mendel seinen Antrag zurückgezogen hat, beschließt man den Erlaßanspruch zwischen Krankengeld und Lohn zu zahlen. 12. Der Vorsitzende berichtet in einer Wohnungssache, in der ein Wohnungsinhaber eine Abminderung von den aufgeführten Mieten verlangt, unter die er nicht fällt. Auch das Wohlfahrtsamt drängt auf die Erleichterung der Angelegenheit mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Mietgesetzes. Nach einer umfassenden Darlegung der mündlichen Verhandlungsbilanz im Orte und nachdem Gemeindevorsteher Jäger betont hat, daß mit Rücksicht auf die große Zahl der Wohnungslosen, diese in erster Linie berücksichtigt sind, unterkunft zu verlangen, beschließt man, eine Teilwohnung im Gemeindevorstand zur Verfügung zu stellen, falls der Vermieter aus der gegenwärtigen Wohnung herausgeführt werden sollte. Außerdem der Tagesordnung berichtet Gemeindevorsteher Dietrich und Gemeindevorsteher Mendel von einer Eingabe der hiesigen Einwohner, die die Verbesserung der Brauanlagen durch die Chemische Fabrik von Heyden zum Gegenstand haben. Der Vorsitzende berichtet hierzu, daß von Seiten der Chemischen Fabrik ein Antrag auf weitere Freistellung von Fabrikbrunnen noch nicht eingegangen sei und daß, solange dies nicht geschieht, eine Entscheidung nicht gefällt werden kann. Man beschließt hieron Kenntnis zu nehmen und bei einem ev. Eingang von Erläuterungen dieser Art eine besondere Stellungnahme noch herbeizuführen.

Dresden. An der Bahnhofs Dresden-Wölitz wurden in letzter Zeit Diebstähle von kuppeltem Telefonkabel wahrgenommen. Auf eine Anzeige der Eisenbahnverwaltung wurde von der Landespolizei Donnerstag ein Streifen angelegt, bei dem es gelang, die Diebe auf frischer Tat zu überführen. Es scheinen drei Personen beteiligt gewesen zu sein. Bei der sich in der Dunkelheit gegen 8 Uhr abends entwickelnden Verfolgung des einen der Täter, der 22 Jahre alten Malers Wilhelm Werner, mußte von der Schuhwalde Gebrauch gemacht werden, da der Dieb trotz dreimaligen Anrufes und dreimaliger Warnung sich nicht stellte, sondern ins Gebüsch sprang, sodaß der verfolgende Beamte mit einem Angriff des Diebes rechnen mußte. Werner wurde angeschossen und in ein Dresdner Krankenhaus geschafft. Unter seinen Papieren wurde eine Photographie der beiden anderen mutmaßlichen Täter gefunden, auf Grund deren bereits eine weitere Verhaftung erfolgt ist.

Dresden. Ein fleischer Juncker wurde von einem raffinierten Betrüger um drei Brillantringe von hohem Werte geködelt. Der Unbekannte erschien in einem Juweliergeschäft und ließ sich Brillantringe zum Kaufe vorlegen. Er legte die ausgekauften Brillantringe in einen Beisehumschlag und übergab ihn verschlossen dem Juwelier mit der Weisung, ihn einem Boten, der das Geld leisten werde, zu übergeben. Später stellte sich heraus, daß der Betrüger es verstanden hatte, dem Beisehumschlag zu verfallen, sodaß dem Juwelier nur ein Beisehumschlag mit ganz wertlosen Ringen zurückblieb. Die entwendeten Ringe sind ein Brillantring mit edelsteinreichem Stein in Platinfassung und Jungensöhne, ein Ring mit Saphir und zwei Brillanten in Platin-Milgrain-Fassung, ein Brillantring 0,85 Kar., gebogene Solene in Platin-Milgrain-Fassung, die Solene bis zur Hälfte Platin-Auflage.

Leipzig. Schlimme Folgen hatte eine unnötige Wettfahrt. Ein Bäckermeister aus Großschöcher und der Eigentümer eines anderen Geschäftes, wie es heißt, ein Fleischermeister, taten sich gültig in einer Wettfahrt in Preilitz-Blaswitz und kamen dabei auf den Gedanken, in ihren leichten Wagen eine Wettfahrt nach Eptitz zu veranstalten. 3500 Mark wurden als Preis von jedem deponiert, und dann ging die wilde Jagd los. Der Sieger, der angegebene Fleischermeister, soll in wenigen Minuten in Eptitz gewesen sein. Schlimme Folgen dagegen hatte die Wettfahrt für den anderen, den Bäckermeister. In der Wochentage in Preilitz-Blaswitz brach das Dach seines Wagens, das Pferd wurde überfahren und ging durch. Der Bäckermeister klappte vom Wagen und wurde überfahren, das Pferd rannte weiter und stieg mit der Deichsel eine große Schanze her-

ab, welche der an der Spitze der Antennen- und Wochentage der sächsischen Eisenbahnen ein. Außer der Schiene, dem Feuergerüst usw. ging auch ein in der Höhe der Spitze liegender Plan in Trümmer. Das Pferd erlitt merkwürdigerweise keine Verletzungen, und auch der Wettfahrer soll körperlich ziemlich glimpflich davon gekommen sein.

Sächsischer Gemeindevorstand in Chemnitz.

Am Freitag wurde in Chemnitz durch Oberbürgermeister Blücher der von über 800 Delegierten besuchte Sächsische Gemeindevorstand eröffnet. Die sächsische Regierung war vertreten durch Ministerpräsident Busch, den Minister des Innern Bruns und durch Beamte des Innens, des Kultus und des Wirtschaftsausschusses sowie durch Mitglieder des Landtages. Nach kurzen Begrüßungsworten erließ der erste Referent Oberbürgermeister Dr. Kütz (Dem.) das Wort zu seinem Referat über die Neuordnung der Gemeindeverfassung. Dr. Kütz erklärte, vom Standpunkt des Verwaltungsstandes habe der Entwurf manchem etwas grandioses Komisches an sich, außerdem gebe der Entwurf auf von der französischen Revolution und überlebte ganz, daß wir inwiefern seit dem Verfassungswort des Freiherrn v. Stein auf kommunalpolitischem Wege eine große, eigene deutsche Entwicklung gehabt hätten. Die Regelung des Gemeindevorstands müsse durch ein besonderes Wahlgesetz, gleichzeitig mit dem neuen Gemeindegesetz erfolgen. Die Einheitlichkeit der Gemeindeverfassung müsse verschwinden, aber man könne trotzdem nicht gleich alles unter einen Hut bringen. Ein Unterschied in den Anforderungen für Stadt- und Landgemeinden müsse immer noch angekreidet werden. Zu der Frage: Einkammer- oder Zweikammerismus wählte der Referent einen Kompromissweg. Er sieht in einer Umänderung oder Abschaffung des dualistischen Systems, wie es zurzeit besteht, einen Grund zu schweren Unzulänglichkeiten. Der Referent erhebt eine Forderung der Stellung der Stadtverordneten durch Zusammensetzung der ausschlaggebenden Entscheidung an die Stadtverordneten bei Differenzen zwischen ihnen und dem Rat und durch alleinige Ernennung der Bürgermeisterwahl durch die Stadtverordneten. Bei den folgenden Ratssitzungen dürfte bei der Wahl nicht Postill mitreden, sondern lediglich die Rücksicht auf das Können des einzelnen. Man solle nicht zu starker Politisierung der Stadtverordneten jetzt noch eine Politisierung des Rates fügen. Man müsse im Rat einen ruhenden Pol schaffen, in dem nicht die politische Stellung, sondern die Tüchtigkeit und Initiative der einzelnen Personen zähle. Immer noch hätten einzelne die Entwicklung der Gemeinden vorwärtsgetrieben, nicht aber der Wille der Masse. Komme zu der Verlesung dieser Grundzüge noch die Aufgabe des Erfordernisses jeder Vorbildung, dann komme man damit in Niederungen, die zur Befreiung der Sozialität der Gemeinden führen würden.

Als zweiter Referent sprach Stadtverordneter Dr. Kütz. Er tritt für den entgegenstehenden Standpunkt. Alle Rechte sollen in Zukunft bei den Stadtverordneten liegen und der Rat lediglich ausführendes Organ werden. Auch die Verwaltung sei längst politisch organisiert; denn sie sei auch von dem politischen Stadtparlament gewählt worden. Man wolle jetzt eine Neuordnung, die auf Jahrzehnte hinaus gelten solle. Schaffen. Da müsse man ganze Arbeit tun und noch weiter gehen, als der Entwurf es vorsehe, und auch die Verwaltung durchgängig demokratisieren. Der Referent verlangte weiter den Wegfall des Wahlrechts für Beamte, Ortsbesitzer und den Wegfall des Wahlrechts über die Ernennung des Gemeindevorstandes. Über die nur der Stadtverordnetenversammlung ein Verfassungsrecht zustehen sollte. Er wünschte weiter die Einföhrung eines Referendums für wichtige Gemeindevorstandsentscheidungen die Durchführung eines Reichs kommunalgesetzes mit der Möglichkeit der Entsendung und die baldige Schaffung eines Reichsgemeindevorstandes. Gegenüber dem Antrag des Vorstandes des Gemeindevorstandes auf Verweisung des Beschlusses an eine Studienkommission zur Beratung brachte der Leipziger Reichstagsabgeordnete Dr. Krenz ein Antrag ein, der Gemeindevorstand solle beschließen, die Regierung zu ersuchen, alles zu tun, um die Durchführung des Gesetzes zu beschleunigen. Darauf trat man in eine teils lebhaft entwickelte Diskussion ein. Von sozialdemokratischer Seite wurde noch der Antrag eingebracht: Der Gemeindevorstand wolle beschließen, den Entwurf zur Gemeindevorstellung als geeignete Grundlage anzuerkennen. Stadtrat Dr. Böhm in Chemnitz unterbreitete dann die Forderungen des Landesverbandes der betroffenen Ratssmitglieder zu dem Entwurf einer Gemeindeverfassung.

Am Nachmittag referierten Bürgermeister Hoffmann-Neue und Gemeindevorsteher Hammerat Kleinheim aus Mittau zu dem Thema Gemeinde und Bezirk. Beide lehnten den Gemeindevorstand nicht ab, wünschten aber zahlreiche Bestimmungen in ihn aufgenommen, die die Selbstständigkeit der Gemeinden innerhalb der Bezirksverbände sichern sollen. Die Debatte wandte sich dann der Frage der Verbesserung der Amtshauptmänner und ihrer Befugnisse zu. Im übrigen brachte die Aussprache nichts Besonderes hervor. Man brachte politische einander entgegengesetzte Ansichten hervor, ohne die Gegenseite irgendwie überzeugen zu können. Der Antrag des Vorstandes auf Überweisung an die Studienkommission wurde bei der Abstimmung abgelehnt, dafür wurde der Antrag Krenz auf beschleunigte Abdringung und Beratung des Gesetzes im Landtage angenommen.

Bermischtes.

Eisenbahnunglück in Spanien. Der Expresszug Gades-Sevilla stieß mit einem Militärzug zusammen. Es gab einige Tote und Verwundete.

Fliegerunglück. Der Flieger und Nordpolflieger Bauer ist gestern in Paris bei einem Versuch mit einem Flugapparat abgestürzt. Er hat schwere Verletzungen erlitten, ist aber noch lebend in seine Wohnung gebracht worden.

Unhaltender Sturm hat in Petersburg große Verheerungen angerichtet. Das Wasser ist 4 1/2 Fuß über das Mittelmaß gestiegen. Große Stadtteile liegen unter Wasser. Zahlreiche Häuser sind zusammengefallen. Auch Verluste an Menschenleben sind zu verzeichnen.

Verleitetes Raub. In dem bekannten Wallfahrtsort Altötting bei München brachen nachts Berliner Einbrecher in die Schatzkammer ein. Die Täter wurden durch Gendarmerte gestift und durch Schüsse schwer verletzt. Ihr Raub konnte ihnen wieder abgenommen werden.

Erkrankungen an Pest. Nach einer Davausmeldung aus Belbam ist dort der vierte Pestfall zu verzeichnen. Auch in Lounsville ist eine Person an Pest erkrankt.

Strohfeuer auf Raen. Aus Gnost auf der Insel Raen wird gemeldet, daß bei einem Strohfeuer auf dem Gut Capelle des Kammerherrn v. Gleditsch in der vorletzten Nacht etwa 300 Schafe, 400 Rinder, 1000 Schweine, sowie sämtliche Getreide- und Futtervorräte verbrannt sind. Der entstandene Schaden ist sehr groß.

Eisenbahnunglück in Thüringen. Auf der Strecke Weimere-Gotha, in der Nähe der Station Buchen, hat sich durch Überfahren an acht Wagen eines Güterzuges ein schweres Unglück zugefügt. Die Wagen rollten auf etwas abschüssiger Strecke etwas zurück und stießen dann mit einem nachfolgenden Güterzug zusammen. Hierbei wurden 12 Wagen und eine Dampflokomotive zerstört.